

Teil	Beispieltext	Erläuterungen
Anschrift	An die Polizei Hamburg Polizeikommissariat xx - Straßenverkehrsbehörde - Polizeistraße xx 2xxxx Hamburg	<i>Für verkehrsbeschränkende Maßnahmen sind in Hamburg die, bei der Polizei angesiedelten, unteren Straßenverkehrsbehörden zuständig. Welches Polizeikommissariat konkret für Sie und Ihre Straße zuständig ist, können Sie über die ADFC-Homepage www.hamburg.adfc.de herausfinden.</i>
Betreff	Antrag auf verkehrsbeschränkende Maßnahmen nach § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StVO	
Einleitung	Sehr geehrte Damen und Herren, als Anwohnerin der Beispielstraße bin ich stark durch Verkehrslärm sowie Schadstoffemissionen betroffen und in Sorge um meine Gesundheit und die meiner Familie. Ich beantrage daher bei Ihnen für die Beispielstraße unverzüglich verkehrsbeschränkende Maßnahmen nach § 45 StVO anzuordnen.	<i>Machen Sie gleich in der Einleitung deutlich, worum es Ihnen geht:</i> <ol style="list-style-type: none"> 1) Schutz vor Lärm und Abgasen 2) Umsetzung verkehrsbeschränkender Maßnahmen <i>Machen Sie auch deutlich, dass Ihre Gesundheit und ggf. diejenige von Angehörigen geschützt werden muss.</i>
Wohnsituation	<ol style="list-style-type: none"> 1. Darstellung der Lage des Wohngebäudes im Umfeld (Wo und wie liegt das Haus?) 2. Darstellung, ob ggf. noch andere Personen aus der Nachbarschaft in ähnlicher Weise betroffen sein könnten (Ist es z.B. ein Wohngebiet mit vielen Kindern?). 3. Darstellung der persönlichen Wohnsituation (Welche Räume sind zur Straße gerichtet? Wo liegt der Balkon oder der Garten?) 	<i>Beschreiben Sie hier Ihre Wohnsituation: Wo liegt die Wohnung? Wie nah an der Straße liegt das Wohnhaus? Welche Zimmer zeigen zur Straßenseite (besonders wichtig: Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer)?</i> <i>Sie können hier auch auf Skizzen, Bebauungspläne, Fotos etc. verweisen!</i> <i>Wichtig ist, dass Sie darstellen, wo Sie zuhause von Lärm und Abgasen konkret betroffen sind.</i>
Verkehrsbelastung	Die Nutzung der Wohnung wird derzeit durch den starken Verkehr auf der Beispielstraße und die hier von ausgehenden Emissionen in unzumutbarer Art und Weise gestört. <ol style="list-style-type: none"> 1. Darstellung der Werte, die Sie aus den Lärmkarten der 	<i>Machen Sie zuerst die Problemlage deutlich und heben Sie hervor, dass das Problem besonders schlimm ist.</i> <i>Verdeutlichen Sie das Problem, wenn möglich, anhand von offiziellen Zahlen (z.B. aus dem Lärmkarten der Stadt, Zahlen zum Verkehrs-</i>

	<p>Stadt, durch Nachfrage bei der BUE oder eigene Messungen erhalten haben (z.B. Lärmpegel in dB(A) nachts und am Tage).</p> <p>2. Darstellung persönlicher Erfahrungen mit der Lärm- und Abgassituation vor Ort (vor allem Beeinträchtigung der Lebensqualität und konkrete gesundheitliche Folgen).</p>	<p><i>aufkommen oder zur Verkehrsentwicklung etc.).</i></p> <p><i>Machen Sie darüber hinaus Ihre persönliche Betroffenheit sehr deutlich. Hieraus wird ihre Schutzbedürftigkeit abgeleitet!</i></p> <p><i>Erläutern Sie dabei z.B.: Ist die Wohnung uneingeschränkt – auch bei leicht geöffnetem Fenster – nutzbar? Ist der Außenbereich der Wohnung (Balkon/Garten) nutzbar?</i></p> <p><i>Weisen Sie darauf hin, wenn Sie z.B. nachts aufgrund des Lärms nicht gut schlafen können oder tagsüber Konzentrationsprobleme haben.</i></p> <p><i>Liegen Vorerkrankungen, wie z.B. Herz-Kreislaufbeschwerden (z.B. Bluthochdruck) oder Atemwegserkrankungen (z.B. Asthma bzw. chronische Bronchitis) vor, erwähnen Sie dies unbedingt.</i></p> <p><i>Legen Sie ggf. ärztliche Atteste bei, die Ihre gesundheitlichen Beschwerden verdeutlichen.</i></p>
<p>Hinweis auf Prüfverpflichtung und Pflicht zum Einschreiten</p>	<p>Bei Lärmwerten von mehr als 49 dB(A) in der Nacht bzw. 59 dB(A) am Tage ist davon auszugehen, dass zunehmend erhebliche Belästigungen und gesundheitliche Beschwerden auftreten. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts ist die zuständige Straßenverkehrsbehörde daher bei Erreichen dieser Werte verpflichtet im Ermessenswege konkrete lärmindernde Maßnahmen zu erwägen und die Belange der Betroffenen mit den Belangen des Verkehrs abzuwägen. Bei Werten von mehr als 60 dB(A) in der Nacht bzw. 70 dB(A) am Tage könne weiterhin davon ausgegangen werden, dass den Betroffenen in der Regel ein Rechtsanspruch auf</p>	<p><i>Machen Sie den Behörden deutlich, dass Sie gesetzlich dazu verpflichtet sind zu handeln.</i></p> <p><i>Dies ist in Hamburg vor allem auch daher wichtig, da den Behörden nicht immer klar ist, dass Sie bereits bei Lärmwerten, die weit unter 60 bzw. 70 dB(A) liegen, handeln müssen.</i></p> <p><i>Auch mit Blick auf die Abgasbelastung ist den Behörden ggf. unklar, dass Sie hier bei Überschreitung der Grenzwerte keinen großen Spielraum haben.</i></p>

	<p>Lärmschutz zustehe, da bei diesen Werten eine erhebliche Gesundheitsgefährdung vorliegt. Letzteres gilt nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts übrigens auch dann, wenn die Grenzwerte für Stickstoffdioxid oder Feinstaub, die im Rahmen der 39. BImSchV definiert sind, erreicht oder überschritten werden. In diesen Fällen ist die zuständige Straßenverkehrsbehörde daher nicht nur zur Prüfung sondern ausdrücklich auch zum einem Einschreiten verpflichtet.</p>	
<p>HAUPTANTRAG</p>	<p>Um den erheblichen Störungen und Gesundheitsgefahren, denen wir uns derzeit durch die Verkehrsemissionen ausgesetzt sehen, entgegen zu wirken, beantrage ich eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf der <i>Beispielstraße</i> auf maximal 30 km/h. Diese Maßnahme kann ohne größeren Aufwand und ohne tiefgreifende Eingriffe in das Verkehrsnetz kurzfristig umgesetzt werden und hat – wie z.B. der Hamburger Lärmaktionsplan verdeutlicht –, insbesondere in Verbindung mit einer gleichzeitigen Verstetigung des Verkehrs, ein sehr hohes Potenzial um den Verkehrslärm und die Abgasbelastung auf der <i>Beispielstraße</i> nachhaltig zu senken.</p>	<p><i>Hier stellen Sie den Antrag auf der Straße Tempo 30 einzuführen.</i></p>
<p>Zusätzliche Ermessensschwerpunkte</p>	<p>Eine Einführung von Tempo 30 auf der <i>Beispielstraße</i> ist darüber hinaus auch aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs dringend geboten.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Darstellung, wer noch einen Nutzen von der Geschwindigkeitsreduzierung haben könnte 2. Darstellung von Unfallzahlen 3. Darstellung von Straßen- 	<p><i>Verdeutlichen Sie, dass es nicht nur Ihnen sondern anderen, insbesondere schwächeren, Verkehrsteilnehmern hilft, wenn die Geschwindigkeit auf Ihrer Straße reduziert wird.</i></p> <p><i>Sprechen noch andere Gründe dafür, dass die Geschwindigkeit gesenkt werden soll?</i></p> <p><i>Dies wären z.B.:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnstraße mit spielenden Kindern - Verbindungsstraße, auf der Kinder ab 10 verbindlich auf der Stra-

	schäden	<p><i>ße fahren müssen</i> <i>- Spielplätze, Krankenhäuser, Altenheime, Kitas und Schulen an der Straße</i></p> <p><i>Liegen Ihnen Unfallzahlen o.Ä. für die Straße vor, nennen Sie diese hier.</i></p> <p><i>Ist die Straße besonders mitgenommen (z.B. Schlaglöcher o.Ä.), erwähnen Sie auch dies hier.</i></p>
HILFSANTRAG	Hilfsweise beantrage ich die Vor- nahme anderer straßenverkehrs- rechtlicher und/ oder allgemeiner Maßnahmen zum Schutz vor Lärm und Abgasen auf der Beispielstra- ße.	<i>Schreiben Sie diesen Teil unbedingt immer dazu! Sollte die Behörde Ih- ren Antrag auf Geschwindigkeitsre- duzierung ablehnen, muss Sie prü- fen, welche anderen Möglichkeiten es gibt um Sie und Ihre Gesundheit zu schützen.</i>
Bürgerbeteiligung	Ich bitte darum, die Maßnahmen in enger Abstimmung mit den Anwoh- nerinnen und Anwohnern der Bei- spielstraße zu treffen und diese bei der Entscheidung über den Antrag und im weiteren Verfahren ange- messen zu beteiligen.	<i>Wollen Sie, dass Sie und andere An- wohner aktiv mitgestalten können, fügen Sie diesen Satz ein.</i>
Weiterleitung	Sollte die Zuständigkeit für die Ein- richtung verkehrsbeschränkender Maßnahmen nach § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StVO bei einer anderen Hamburger Behörde als der Ihren angesiedelt sein, bitte ich Sie, die- ses Schreiben ggf. weiter zu leiten und mich diesbezüglich zu infor- mieren.	<i>Damit die Behörde im Falle der Un- zuständigkeit zur Weiterleitung ver- pflichtet ist, sollte dieser Antrag sicherheitshalber aufgenommen werden.</i>
Termin	Über eine Rückmeldung bis zum --- einen Monat ab Versand --- freue ich mich.	<i>Die Behörde hat maximal 3 Mona- te Zeit ihren Antrag zu prüfen und zu bescheiden. Setzen Sie jedoch ei- ne kürzere Frist und fragen Sie ggf. nach Ablauf dieser Frist nach. Nur so können Sie sicher gehen, dass man sich auch mit Ihrem Antrag beschäftigt.</i>
Name, Anschrift und Unterschrift der Antragsteller	Mit freundlichen Grüßen Hamburg, den xxx Name, Unterschrift	